Stand: 15.07.2025 04:04:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/24399

"Bayerischen Energiesparplan anpacken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/24399 vom 11.10.2022
2. Beschluss des Plenums 18/24497 vom 12.10.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 11.10.2022 **Drucksache** 18/**24399**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerischen Energiesparplan anpacken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Energiesicherungskonzept für Bayern aufzustellen. Es soll Maßnahmen für Kommunen, die öffentliche Verwaltung, für Unternehmen und für Bürgerinnen und Bürger beinhalten, die kurzfristig sowie mittelfristig wirken.

Insbesondere sollen folgende Initiativen umgesetzt werden:

– Kommunale Wärmewende stärker fördern

  Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen bei der Wärmewende wesentlich stärker. Gleichzeitig werden die Forderungen erhöht. So sollen als erster Schritt alle Kommunen über 10 000 Einwohner kommunale Wärmepläne erstellen. Diese sollen vom Land zu 100 Prozent gefördert und so Potenziale zur (Ab-)Wärmenutzung und Energieeinsparung identifiziert werden.

– Umfassende Energiesparkampagne, bessere Beratung

  Über Aktionen, Medien-Infos, Social-Media-Netzwerke und durch persönliche Anschreiben sollen alle Bürgerinnen und Bürger mit konkreten, wirksamen Energiespar-Tipps versorgt werden. Parallel dazu soll der Freistaat einen Ideenwettbewerb zur Energieeinsparung initiieren und sowohl die besten Bürgerinnen- sowie Bürger-Ideen als auch kommunale Initiativen prämieren.

– Ausfallversicherung für kommunale Geothermie-Bohrungen

  Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Fonds zur finanziellen Absicherung von kommunal oder bürgerschaftlich getragenen Geothermie-Bohrungen in Höhe von 100 Mio. Euro aufzulegen. Der im Jahr 2013 gestrichene Fonds soll wieder eingeführt werden.
  Entsprechende Haushaltsmittel sind im Entwurf des Haushaltsplans 2023 zu berücksichtigen.

– Sanierungsoffensive für öffentliche Gebäude und Eco Management and Audit Scheme (EMAS) Zertifizierung

  Der Freistaat soll eine Sanierungsoffensive für öffentliche Gebäude stargen. Er beschleunigt zudem die EMAS-Zertifizierung zum ressourcen- und energieschonenden Umgang in allen Staatsministerien und strebt eine Fertigstellung bis Ende 2023 an.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Zusätzliche Förderung von Energieeinsparkonzepten für Unternehmen und Institutionen

  Die Förderung von Energieeinsparkonzepten wird auf 90 Prozent aufgestockt. Dadurch erhalten Unternehmen und Institutionen einen klaren Anreiz, ihre Energieeinsparpotenziale systematisch zu ermitteln – sowie einen Plan, wie diese mittel- und langfristig genutzt werden können.

Begründung:

Der Endenergieverbrauch im Freistaat ist in den letzten 10 Jahren weiter angestiegen. Die geringe Zunahme beim Ausbau der erneuerbaren Energien konnte den Mehrverbrauch beim Endenergieverbrauch nicht ausgleichen und so stieg der Verbrauch von Öl und Erdgas weiter an. Es wird höchste Zeit für einen bayrischen Energiesparplan, um die Einsparungspotenziale zu heben, den Umstieg auf erneuerbare Energien auf eine breite Basis zu stellen und systematisch die Effizienz zu erhöhen. Der im August 2022 vorgestellte „5-Punkte-Plan“ der Staatsregierung ist hier jedoch vollkommen unzureichend. Schwerpunkt eines umfassenden bayrischen Energiesparplans sind Initiativen auf kommunaler Ebene, eine breite Energiesparkampagne, der Ausbau der Geothermie und Einsparungen bei der öffentlichen Verwaltung und Unternehmen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.10.2022 **Drucksache** 18/**24497**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**24399**

Bayerischen Energiesparplan anpacken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Uli Henkel
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Martin Hagen
Abg. Steffen Vogel

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerischen Energiesparplan anpacken (Drs. 18/24399)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Stabile und bezahlbare Energieversorgung in Bayern (Drs. 18/24433)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestern hat mich ein Bürger meines Wahlkreises angerufen und mir sein Leid geklagt. Im guten Glauben, das Richtige zu tun, hat er vor drei Jahren eine Ölheizung eingebaut. Es gab dafür eine Förderung über das 10.000-Häuser-Programm der Staatsregierung. Er hat gedacht: Na ja, die werden sich schon was dabei gedacht haben, und er tut das Richtige. Nun ärgert er sich maßlos und möchte diesen Schritt gerne rückgängig machen. Er würde nun gern auf eine Wärmepumpe umstellen. Dafür fehlt ihm aber jetzt das Geld. Kolleginnen und Kollegen von der Staatsregierung, von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN, Sie sehen, wie Sie die Bürgerinnen und Bürger mit Ihrer fehlgeleiteten Energie- und Klimapolitik aufs Glatteis führen und in eine Kostenfalle hineintreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist doch nur die Ampel-Regierung, die das macht!)

Erst nach viel Druck vonseiten der GRÜNEN haben Sie im Jahr 2019 endlich die Öl- und Gasheizungen aus dem 10.000-Häuser-Programm gestrichen, viel zu spät. Die Energiepolitik der Staatsregierung ist und bleibt ein Desaster. Die Folgen müssen die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und die bayerische Wirtschaft ausbaden. Deswegen ist es dringend notwendig, dass hier endlich eine 180-Grad-Wendung kommt und heute ein umfassender Energiesparplan für Bayern in Auftrag gegeben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zentrale Punkt sind unter anderem die Kommunen. Die Kommunen müssen mitgenommen werden. Ein wichtiges Beispiel sind die kommunalen Wärmepläne. Kommunale Wärmepläne ermöglichen es, auf der Ebene der Kommunen zu schauen, wo die Effizienzpotenziale liegen. Die Staatsregierung sollte hier wirklich einmal die Taschen aufmachen und nicht immer nur sagen: Ja, hier wird empfohlen. Die Staatsregierung sollte klar sagen: 100 % Förderung für kommunale Wärmepläne. Alles andere, was in Ihrem Klimaschutzgesetz steht, kann man wirklich in der Pfeife rauchen. Jetzt muss endlich der stotternde Klimamotor "Kommune" angeworfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite wichtige Punkt ist eine echte Energiesparkampagne, mit der wir die Bürgerinnen und Bürger an die Hand nehmen. Wir brauchen einen Ideenwettbewerb auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der Kommunen. Das ist dringend notwendig.

Der dritte Punkt ist die Geothermie, also die Erdwärme. Wir haben in unserem Boden einen riesigen Schatz. Claudia Köhler und ich haben vor zwei Wochen die Antwort auf unsere Anfrage bekommen. Darin hat es geheißen: In den letzten 15 Jahren hat die Staatsregierung gerade einmal gut 14 Millionen Euro für die Geothermie-Förderung ausgegeben. 14 Millionen Euro! Ich habe es heute Nachmittag in meiner ersten Rede schon einmal dargelegt: Im ersten Halbjahr 2022 wurden in Bayern jeden Tag 25 Millionen Euro für Öl und Gas ausgegeben. Da sehen Sie, wie fehlgeleitet Ihre Energie-

politik ist. Wir brauchen endlich eine echte Förderung für die Geothermie und zum Beispiel eine Ausfallbürgschaft für Fehlbohrungen in Höhe von 100 Millionen Euro für die Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Wunderbar!)

Die Staatsregierung soll mit gutem Beispiel vorangehen. Ich greife jetzt nur noch einen Punkt heraus, nämlich die EMAS-Zertifizierungen, das ist das europäische Umweltmanagementsystem. Damit kann klar aufgezeigt werden, wo noch Potenziale bestehen und wo noch Ressourcen eingespart werden können. Das einzige Ministerium, das die Zertifizierung bisher hat, ist das Umweltministerium. Es kann nicht sein, dass das Umweltministerium weiterhin das einzige grüne Feigenblatt ist. Wir brauchen bis 2023 in allen Ministerien die EMAS-Zertifizierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließlich geht es noch um die Unternehmen. Sie brauchen eine Förderung für Energiesparkonzepte und Effizienzmaßnahmen. Hier haben die Staatsregierung und Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN viel kaputt gemacht. Ich habe es heute Mittag schon einmal gesagt: Die CSU ist Bayerns wirtschaftlicher Standortnachteil. Sie müssen deshalb notwendigerweise viel nachholen. Zuerst müssen Sie ein Energiesparkonzept für alle Unternehmen anbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich sagen: Die Staatsregierung muss endlich aufhören, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Sie haben klare Zuständigkeiten, zum Beispiel bei den Kommunen. Da gibt es ein Durchgriffsverbot für die Bundesregierung. Da können nur Sie von der Staatsregierung drangehen.Der Fünf-Punkte-Plan, den die Staatsregierung hat und den wir jetzt wahrscheinlich vom Kollegen Ludwig noch mal hören, ist wirklich gar nichts wert. Wir brauchen dringend einen umfassenden Energiesparplan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kollege Stümpfig, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Stümpfig, Sie legen uns heute einen Forderungskatalog vor, der offenbart, dass Sie die Bürger in diesem Lande ganz offensichtlich für blöd halten. Jeder Bürger, der seine Strom- und Heizkostenrechnung selbst zu bezahlen hat, weiß doch ganz genau, was er in Zeiten explodierender Energiekosten zu tun hat.

(Zurufe)

Dazu benötigt er sicherlich keine bunten Flyer und erst recht kein persönliches Anschreiben, das ihm aus dem Elfenbeinturm heraus Tipps gibt, wie er sich zu verhalten hat. Auch des Ideenwettbewerbs, den Sie ansprechen, bedarf es nicht; denn den 1. Preis hat definitiv schon Bundesminister Robert Habeck mit seinem Waschlappentipp gewonnen, den ich selbstverständlich täglich anwende.

(Heiterkeit bei der AfD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

All das, was ich hier lesen muss, ist doch nur ein erbärmliches Zeichen Ihrer Hilflosigkeit. Es ist für uns als AfD-Fraktion in unserer noch viertgrößten Volkswirtschaft der Welt definitiv viel wichtiger, jetzt zusätzliche Energie zu beschaffen, als eine Mangelverwaltung zu reglementieren. Warum fordern Sie also in Ihrem Antrag nicht wenigstens einfach die sofortige Streichung des § 7 Absatz 1 Nummer 1 des Atomgesetzes, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Henkel, beachten Sie das Ende Ihrer Redezeit!

Uli Henkel (AfD): – wie 17 namhafte Professoren es momentan tun, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Henkel, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Uli Henkel (AfD): – damit wenigstens die letzten drei Kernkraftwerke weiterlaufen können?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir brauchen klare Informationen von der Staatsregierung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen endlich wissen, wie sie dran sind. Von daher gesehen ist zum Beispiel die Debatte, die wir heute Mittag wieder gehört haben, wobei Zahlen verdreht sind, wirklich fatal im Hinblick auf eine Antwort vom Wirtschaftsministerium über installierte Leistung an die Kollegin Weisgerber von der CSU. Sie als CSU stellen sich dann hierher und verwechseln anscheinend installierte Leistung mit Stromproduktion.

Ich kann es Ihnen noch mal erklären: Installierte Leistung bei einer Photovoltaikanlage macht eine Einheit aus, bei der Windkraft sind es zwei bis drei Einheiten, bei Biogas sind es sogar sechs bis sieben Einheiten. Wenn Sie das dann multiplizieren, kommt am Schluss beim Strom etwas ganz anderes heraus. Vielleicht haben Sie es immer noch nicht verstanden, aber ich würde darum bitten, dass Sie hier endlich einmal mit klaren Worten reden und den Bürger*innen reinen Wein einschenken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Schön reden!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Abgeordnete Rainer Ludwig von der FREIEN-WÄHLER-Fraktion.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Stümpfig, Ihr Antrag und Ihre Ausführungen vermitteln mir allen Ernstes den Eindruck, Sie erwarten, dass wir im Freistaat genau dieselbe Flickschusterei betreiben, wie die Ampel das derzeit in der Krise zelebriert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Statt Vertrauen, Transparenz und Sicherheit vermitteln Sie nur Augenwischerei und auch dabei nur ein heilloses Chaos. Ihre bisherigen Hilfspakete sind hilflos und planlos, unausgegorene Schnellschüsse. Unseren Mittelstand haben Sie gänzlich verges-

sen. Jetzt fordern Sie Energiesparpläne, Wärmekonzepte und vieles mehr. Das klingt alles sehr gut. Aber leider sehe ich hier kein konkretes Konzept. Vollkommen verrückt ist Ihr Punkt "Energiespar-Infokampagne". Meine Damen und Herren, das Letzte, was wir brauchen, sind Vorgaben mit erhobenem Zeigefinger oder neunmalkluge Ratschläge auf irgendwelchen bunten Flyern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich erinnere da nur an den Waschlappen auf Instagram. Lieber Herr Stümpfig, weiter weg von der Bevölkerung kann man eigentlich nicht sein. Das ist pure Überheblichkeit der GRÜNEN in Reinform.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage Ihnen: Die Menschen in unserem Land lassen sich nicht für dumm verkaufen. Nein, die Menschen und Unternehmen sind Ihnen längst meilenweit voraus. Sie haben nämlich eigenverantwortlich selbst erkannt, wo und wie sie Energie effizient einsparen können. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Unabhängigkeit sind die Gebote der Stunde. Das sind die Themen, die die Menschen bewegen, die unsere Wirtschaft stabilisieren und uns den Wohlstand sichern. Ein zentrales Element und Instrument – das haben Sie überhaupt nicht genannt – in der derzeitigen Krise ist doch die Ausweitung des Energieangebotes. Darauf kommt es an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Unabhängig davon, dass Bayern die Nummer eins ist bei den Erneuerbaren, führend auch beim Zubau, müssen wir jetzt kurzfristig alle verfügbaren Energiepotenziale überhaupt nutzen. Dazu gehören Biogas, die Rückkehr zu notwendigen Kohle- und Mineralölkraftwerken und allem voran die temporäre Laufzeitverlängerung unserer betriebsfähigen Kernkraftwerke. Ich wähle Ihre Worte: Wann begreifen Sie es denn endlich?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alleine in Bayern würden die zwei Meiler 25 % der Stromversorgung garantieren. Es ist doch eine ideologische Fehlentscheidung, gerade jetzt diese AKWs abzuschalten.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Selbst die Greta hat es kapiert!)

Herr Stümpfig, wenn sich jetzt selbst eine Greta Thunberg für den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke ausspricht, dann ist das für Sie, liebe GRÜNE, nur noch peinlich, beschämend und blamabel!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der FDP – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Deshalb geben wir Ihnen heute etwas Nachhilfeunterricht in Sachen Energiepolitik und haben einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag nachträglich eingereicht. Er enthält fundierte Grundlagen zum Energiesparen. Ich weiß nicht, warum Sie sich anmaßen, unseren Fünf-Punkte-Plan als wertlos zu bezeichnen. Er wird bereits konsequent umgesetzt.

In Ihrem Antrag ausbaufähig ist vielleicht die Idee einer Geothermie-Versicherung. Die fordern wir aber schon lange gemeinsam mit einem Masterplan, um das deutschlandweite geothermische Potenzial zu heben. Aber da tut sich im Bund leider auch nichts.

Der Freistaat, Herr Stümpfig, kann generell erst dann handeln, wenn der Rahmen in Berlin steht. Deshalb appelliere ich an Sie: Nehmen Sie Ihre Bundeskollegen zur Brust, und vergeuden Sie keine Zeit mit solchen Schaufensteranträgen! Dafür ist die Lage zu ernst. Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Martin Stümpfig von den GRÜNEN gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Kollege Ludwig, ich wollte nachfragen. Wir haben im Wirtschaftsausschuss immer viele Debatten zur Stromproduktion. Jetzt kommen hier im

Plenum seit zwei oder drei Wochen diese Aussagen: Ja, Bayern hat die höchste installierte Leistung, weil Sie ganz einseitig auf PV gesetzt haben. Aber ist denn installierte Leistung gleich Stromproduktion? Ich wollte Sie fragen, ob Sie das vielleicht Ihren Kollegen von den FREIEN WÄHLERN oder von der CSU-Fraktion erklären können. Besteht hier ein Zusammenhang? Inwieweit kann man sagen, dass man, wenn man bei der installierten Leistung führt, dann auch in der Stromproduktion führt?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Stümpfig, so schlau wie Sie daherreden, muss ich Ihnen das nicht extra erklären.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Wir haben oft genug technologieoffen darüber diskutiert, was alles zu dem Energiemix gehört. Das haben wir oft genug debattiert und diskutiert. Ich muss Ihnen nicht extra die Bayernpolitik erklären. Nochmals der Hinweis: Schauen Sie nach Berlin, und versuchen Sie, dort Ihr Schiff in Ordnung zu bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt haben wir zwei Dringlichkeitsanträge. Zu dem Thema "Stabile und bezahlbare Energieversorgung" kommen wir dann bei unserem eigenen Dringlichkeitsantrag. Zum Thema "Grüner Energiesparplan für die Kommunen" usw. komme ich nachher.

Doch nun zu den Fakten, was sich in den letzten paar Tagen auf dem Energiesektor abgespielt hat. Gestern Abend: Bekanntgabe von der Süßwarenindustrie, der Strompreis habe sich verzehnfacht von 250 Millionen Euro auf 2,5 Milliarden Euro. Dann wurde von einem Journalisten, immer auf die Handlungsweise von Deutschland bezo-

gen, eingeworfen: In Frankreich ist dieser Wärmepreisdeckel oder Gaspreisdeckel schon im März eingeführt worden. – Und wir diskutieren darüber, und es gibt eine Kommission, die das vorlegt! Und da gibt es im Dezember Abschlagszahlungen, bei denen kein Mensch weiß, wie das durchgeführt werden soll! Dann im Frühjahr geht es weiter. Dann versucht man, wirklich eine Grundversorgung zu deckeln.

Die Stromkosten bei einem mittelständischen Kartoffelhersteller sind um 400 bis 500 % gestiegen. Die Merit-Order-Thematik haben wir letztes Mal im Wirtschaftsausschuss diskutiert. Da ist unser Antrag abgelehnt worden. Aber was war dazu eigentlich gestern in den Nachrichten? – Hochinteressant: Am 13.05.2022 haben Spanien und Portugal mit Genehmigung der EU diese Merit-Order-Prämisse beim Gaspreis ausgesetzt.Daraufhin hat ein deutscher Unternehmer, der in Spanien Eis herstellt, klipp und klar gesagt: Wäre er in Deutschland, würde er den Schlüssel umdrehen und könnte sofort zusperren; denn in Spanien ist der Strom um die Hälfte billiger, und zwar nach jetzigem Stand, nachdem der Strompreis noch am Explodieren ist, da viele in der Grundversorgung sind. Der Chefvolkswirt der Bayerischen Landesbank sagt klipp und klar: Wir müssen das Gas aus der Merit-Order-Politik herausnehmen. Aber Sie haben im Wirtschaftsausschuss letztens den AfD-Antrag abgelehnt.

Was den GRÜNEN-Antrag und die Forderungen an die Gemeinden betrifft, brauche ich bloß auf meine Heimatgemeinde zu schauen: Wir fördern Einsparkonzepte mit 50 zu 50. Auch da sage ich: Was nichts kostet, ist nichts wert. Dass wir zur Beratung alle möglichen Planstellen schaffen, das halte ich für den falschen Weg. Wir lehnen also beide Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, ob man das jetzt "Bayerischer Energiesparplan"

oder "Umfassendes Energiesicherungskonzept für Bayern" nennt. Es sind auf jeden Fall sinnvolle und konkrete Maßnahmen, wenn auch eher mittelfristig wirksam. Ich würde sagen: Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir solche Vorschläge auf den Weg bringen? Deswegen können wir signalisieren, dass alles Sinn macht: Es gilt, kommunale Wärmepläne und die Geothermie stärker in den Fokus der Landespolitik zu nehmen sowie Energiesparkonzepte zu unterstützen. Die Sanierungsoffensive für die öffentlichen Gebäude des Freistaats steht schon lange aus.

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, warum man diesen Antrag ablehnt. Wie gesagt, das Begehren ist nicht neu. Aber wann, wenn nicht jetzt, sollen die Staatsregierung und die Regierungsfraktionen hier mehr Initiative zeigen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Noch weniger nachvollziehbar ist der Nachzieher von FREIEN WÄHLERN und CSU. Er beginnt – aber das schenke ich Ihnen – mit einem völlig unberechtigten und falschen Selbstlob. Die CSU hat Bayern wie kein anderes Bundesland in die Abhängigkeit von Atom und Gas geführt. Den Ausbau der erneuerbaren Energie – da beißt die Maus keinen Faden ab – haben Sie stranguliert und nicht in der notwendigen Weise angepackt. Sie haben die Windkraft abgewürgt und die Stromtrassen bekämpft. Sie haben in dem Punkt leider alles falsch gemacht und gerieren sich jetzt sozusagen als der, der mit dem Finger nach Berlin zeigen kann.

Wenn man Ihren Antrag anschaut, muss man bezüglich des Fünf-Punkte-Maßnahmenplans zur Energieeinsparung feststellen: Es ist eine pure Selbstverständlichkeit, dass die Staatsregierung ihren Job macht und diese Dinge auf den Weg bringt. Dass Sie das heute nochmals betonen müssen, können Sie sich eigentlich schenken. Dass Sie wenigstens einen Bericht der Staatsregierung über das Potenzial der Geothermie in Bayern fordern, ist ein Hoffnungszeichen. Aber Sie müssten viel mehr tun, um in Bayern die Geothermie umzusetzen.

Was die anderen Punkte Ihres Antrags betrifft, solle alles andere der Bund machen. Das ist das klassische Rezept, das Sie sich ausgedacht haben. Dazu muss ich Ihnen ein paar Dinge sagen: Sie müssen als Freistaat Bayern – das wäre als landespolitischer Akzent auch notwendig – viel mehr für die Geothermie tun. Das wissen Sie selber. Aber der Finger nach Berlin kostet halt nichts.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Nutzung von Energiepotenzialen. Das kann ich nachvollziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, aber ich halte Ihnen eines vor: Es gibt einen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der am 10.03.2022 ein Gasembargo gegenüber Russland gefordert hat. Wo wären wir, wenn CDU und CSU mit dieser Prämisse in der Bundesregierung wären? – Eine Einschränkung der Gasversorgung, die wir akzeptieren müssen, hat Friedrich Merz damals gesagt. Wie gut, dass die CDU/CSU nicht die Bundesregierung stellt! Sonst wären wir nicht bei 95 % des Gasfüllstandes, sondern bei einem Problemstand. Das ist Ihre Verantwortung als CDU/CSU.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich anmerken: Beim Gaspreisdeckel haben wir die wichtigen Hausaufgaben gemacht. Die maßgeblichen Eckpunkte liegen vor. Wir werden 200 Milliarden Euro in die Hand nehmen. Das ist klarer politischer Wille. Auch liegt ein konkretes Konzept vor.

(Zuruf von der AfD: Wollen Sie mit Geld heizen?)

Jetzt muss ich Sie fragen, was denn außer heißer Luft bisher vom bayerischen Härtefallfonds vorliegt. Keine einzige Zeile liegt uns vor.

(Zuruf von der CSU)

Wir wissen hierüber im Parlament nichts. Aber Sie in der Staatsregierung und in den Regierungsfraktionen wissen es auch nicht. Aber der Betrag für das, was Sie nicht

wissen, ist verdoppelt worden. Das ist eine politische Blackbox. Aber Sie zeigen mit dem Finger nach Berlin. Das ist immer das Einfachste.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen zum Zeigefinger eines: Ein Finger zeigt nach Berlin, aber drei Finger der Hand zeigen auf die Staatsregierung, auf die CSU und die FREIEN WÄHLER zurück. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben, bevor Sie es sich so läppisch und so einfach machen und mit dem Zeigefinger immer wieder auf andere zeigen. Sie haben in Bayern genug zu tun.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der FDP, Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich muss mich etwas kurzfassen, weil ich darauf hingewiesen wurde, dass meine Nachredner noch Zeit in Anspruch nehmen müssen. Deswegen beschränke ich mich auf einen Punkt Ihres Antrags, nämlich auf die kommunalen Wärmepläne. Dieser aus unserer Sicht kritischste Punkt ist aus drei Gründen abzulehnen: Erstens, der Staat soll es zahlen. Zweitens sieht er eine willkürliche Grenze von 10.000 Einwohnern vor. Das heißt, kleinere Kommunen können nicht in den Genuss eines solchen staatlich finanzierten Planes kommen. Der dritte Grund ist, dass bereits im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht, dass es flächendeckende kommunale Wärmeplanungen geben soll. Das heißt, Sie wollen hier im Land etwas umsetzen, das auf Bundesebene bereits in der Planung ist. Das könnte zu Redundanzen führen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Grundsätzlich sind die besten Anreize, von denen Sie in Ihrem Antrag viele fordern, für das Energiesparen ohnehin die momentan stark steigenden Preise. Wir können uns wohl darauf verlassen, dass die Bürger, Unternehmen und Institutionen von sich

aus einen Anreiz haben, jetzt Energie einzusparen. Wenn Sie als grüne Politiker eine Maßnahme umsetzen wollen, um insbesondere Gas zu sparen, dann können wir Ihnen nur nahelegen – wir haben heute schon darüber gesprochen –, endlich die Blockadehaltung bei der Kernkraft aufzugeben. Deutschland verstromt dieses Jahr 80 % mehr Gas als im letzten Jahr. Gerade in diesen Zeiten, in denen Gas knapp ist, ist das ein Irrsinn. Wir könnten das verhindern, wenn wir die AKWs länger am Netz lassen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Steffen Vogel von der CSU-Fraktion.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kürzlich war ich zusammen mit der Kollegin Barbara Becker bei einer kleinen mittelständischen Bäckerei im Landkreis Kitzingen. Diese Bäckerei ist seit 1738 – seit 1738! – familiengeführt. Das Bäckerehepaar hat drei kleine Kinder. Mit Tränen in den Augen – mit Tränen in den Augen! – zeigte der Bäcker die Gasrechnung in Höhe von 1.600 Euro und die Ankündigung des Energieversorgers, dass er im Dezember eine Steigerung um das Zehnfache haben wird. Das bedeutet eine monatliche Gasrechnung in Höhe von 16.000 Euro. Er und seine Frau machten überhaupt kein Hehl daraus, dass es tatsächlich das Aus dieses Familienbetriebs bedeutet, wenn es tatsächlich so kommt; also eines Familienbetriebs, wie es ihn in Deutschland und Bayern so zahlreich gibt.

(Zuruf von der AfD: Das kommt von der gescheiterten Energiewende!)

Deshalb ist die Situation ernst. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir insofern eine der größten Herausforderungen nach dem Krieg zu meisten haben, um die Bevölkerung mit bezahlbarer Energie und Wärme zu versorgen, ja, überhaupt Versorgungssicherheit herzustellen.

Aber was ist die Antwort der GRÜNEN im Bayerischen Landtag? – Sie stellen einen Antrag betreffend einen staatlichen Energiesparplan; einen Energiesparplan! Das muss man sich einmal überlegen. Liebe Grüninnen und Grüne,

(Heiterkeit)

wie naiv ist das? Der hohe Strom- und Energiepreis wird von Haus aus dazu führen, dass selbstverständlich jeder Bürger und jeder Betrieb – auch der Bäcker – versucht, jeden Euro und jede Kilowattstunde einzusparen, weil das bares Geld und er in seiner Existenz gefährdet ist. Deshalb ist Ihr Energiesparplan völlig überflüssig; denn mit dem, was ist, und mit dem, was sein wird, überlegt sich jeder zweimal, wie er Energie entsprechend einsparen kann.

(Beifall bei der CSU)

Für die staatlichen Stellen und die staatlichen Behörden gab es den Fünf-Punkte-Maßnahmenplan, der bereits im August beschlossen worden ist. Deshalb ist Ihre Forderung überflüssig, weil der Staat bereits das für ihn Mögliche getan hat, um für seine Behörden und für seine staatlichen Stellen möglichst viel Energie einzusparen. Jetzt ist die Frage mit Blick auf die Situation unseres Bäckermeisters: Wie fühlt er sich, wenn er diesen Antrag liest? Der Bäckermeister ist in seiner Existenz gefährdet. Hilft ihm dann dieser Energiesparplan in seiner jetzigen Situation? – Nein, überhaupt nicht; überhaupt nicht.

Die Vorschläge, die Sie bringen, helfen weder den Menschen noch den Betrieben oder sonst irgendjemand in unserem Land.Was unsere Bürger, unsere Betriebe brauchen, das ist nicht zusätzliche Bürokratie. Das sind nicht zusätzliche Facebook-Posts. Das sind nicht neue Broschüren. Sondern das A und O ist, dass die Bevölkerung, der Mittelstand, das Handwerk und die Industrie jetzt möglichst schnell kostengünstig mit Energie und Wärme versorgt werden können. Deshalb ist es von zwingender Notwendigkeit, dass die Bundesregierung endlich ihre ideologische Haltung aufgibt und endlich nicht nur zwei Kernkraftwerke als Reserve bis Mitte nächsten Jahres in der Hinter-

hand hält. Warum nicht das dritte Kraftwerk? Warum nicht AK Emsland genauso mit in den Betrieb nehmen? – Das ist doch unverantwortlich. Das ist so, als wenn ich mit dem Auto fahre, der Tankanzeiger ist auf null, und ich habe hinten einen Reservekanister im Auto; ich packe den aus, schmeiße ihn in den Graben und fahre einfach weiter und hoffe, dass es schon irgendwie gehen wird.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb brauchen wir nicht nur die zwei Kraftwerke als Reserve, sondern wir brauchen alle drei AKWs unter Volllast, und nicht nur bis nächstes Jahr im Sommer, sondern letztlich bis Ende 2024. Oder glauben Sie wirklich, liebe Grüninnen und Grüne, dass die Energieprobleme, die Herausforderungen für unsere Bürger, für unsere Wirtschaft bezüglich Energie und Wärme im nächsten Jahr vorbei sind? – Wir werden vielmehr auch im nächsten Winter genau dieselben Probleme haben wie diesen Winter. Deshalb ist es unverantwortlich. Deswegen brauchen wir dringend die Laufzeitverlängerung

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

unter Volllast aller drei AKWs.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt sagen Sie, das bringt gar nichts. Wir haben über 25 Mineralöl- und Kohlekraftwerke in der Netzreserve. Zwei Reservekraftwerke sind jetzt am Netz. Zwei, das ist zu wenig! Warum nehmen wir nicht viel, viel mehr dieser Mineralöl- und Kohlekraftwerke wieder in den normalen Netzbetrieb? – Jetzt sagen Sie: Was bringt das? – Mehr Kraftwerke am Netz – mehr produzierte Energie. Mehr produzierte Energie – billigerer Preis

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Nein!)

und mehr Energie, die zur Verfügung steht. Das ist einfachste Mathematik, aber das verstehen Sie und der Bundeswirtschaftsminister offensichtlich nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch hanebüchen!)

Weiterhin brauchen wir natürlich auch die volle Ausschöpfung der Potenziale bei Biogas. Da gab es jetzt Verbesserungen. Aber warum nicht diese Anhebung des Festpreises bei der Stromerzeugung? Warum nicht Erweiterung auf die ganze Biomasse? Warum nicht auf Biomethan? – Wir brauchen Gas. Wir brauchen Wärme. Deshalb ist es wichtig, auch da wirklich alle Potenziale in der Biomasse zu nutzen.

Der vierte und letzte Punkt, weil ich aus dem Landkreis Haßberge und Rhön-Grabfeld komme und weil es bei uns viele Menschen gibt, die daheim ihr Haus noch mit Holz heizen:

(Zuruf von den GRÜNEN: Unglaublich!)

Das sind keine Verbrecher, es sind keine Umweltsünder,

(Beifall bei der AfD)

sondern ich halte das für absolut nachhaltig. Ich halte das für nachhaltig. Mir ist es jedenfalls lieber, wenn jemand sein Haus mit heimischem Brennholz heizt als mit Öl aus Arabien oder woher auch immer. Deswegen sollte man auch die Potenziale von Holz als erneuerbarem und nachwachsendem Rohstoff nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen bezahlbare Energie. Wir brauchen Versorgungssicherheit. Der Antrag der GRÜNEN bringt uns da überhaupt keinen Schritt weiter. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. Unserem Antrag stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Vogel, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Sie dürfen am Rednerpult bleiben. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Steffen Vogel, zunächst einmal: Ihre vergangenen Aussagen als Partei und von Ihrem Ministerpräsidenten haben wir heute schon mal zitiert. Jetzt ist eine andere Situation, werden Sie sagen, dass man hier anders reagieren muss. Aber die Atomkraftwerke wollten Sie auch schon alle abschalten usw.usf.

Kommen wir aber zu Ihrem Antrag, Spiegelstrich 5: Sie sprechen nur von Erdgas. Wir haben eine Menge Haushalte, Unternehmen, die mit Heizöl heizen. Davon finde ich in Ihrem Antrag gar nichts. Dasselbe habe ich ja vorher zitiert. Sie haben es jetzt ja auch erwähnt bei der Bäckerei: ein zehnfacher Strompreisanstieg, zum Teil. Warum haben Sie dann letztes Mal Merit-Order – – Warum bringen Sie dann nicht einen eigenen Antrag ein? Jetzt habe ich Ihnen zitiert, wie es die Spanier und die Portugiesen gemacht haben. Halten Sie das nicht für den richtigen Weg?

Steffen Vogel (CSU): Zum Merit-Order-System: Das haben wir ja morgen auch wieder im Ausschuss. Es würde zu weit führen, die Systematik noch mal aufzurollen.

Zum Thema Energie: Ich stimme Ihnen da zu. Es ist absolut verkürzt, immer nur von der Gaspreisbremse zu reden. Sondern wir haben auch eine Verzehnfachung des Pellets-Preises. Wir haben die Leute dazu angehalten, dass sie Pellets-Heizungen einrichten. Die bleiben jetzt drauf sitzen. Das heißt, man sollte bei der Entlastung nicht nur einseitig den Energieträger Gas in den Blick nehmen, sondern alle entsprechenden Energieträger und damit auch zum Beispiel Pellets und andere Energieformen.

Zweiter?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung vom Kollegen Martin Stümpfig. – Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Vogel, Sie haben jetzt gesagt: Jeder weiß selber, was er machen soll. – Also anscheinend wollen Sie so weitermachen und die Bürgerinnen und Bürger in der jetzigen Situation wirklich im Regen stehen lassen. Dem Bäcker, den Sie hier genannt haben, dem hilft jetzt kurzfristig der Gaspreisdeckel, den die Ampel-Regierung plant. Mittelfristig ist aber die Staatsregierung gefragt. Mittelfristig brauchen wir genauso ein Energiesparkonzept, wie wir es in unserem Antrag drin haben. Ich kann Ihnen zum Beispiel mal die Bäckerei Rager in Ansbach empfehlen; sie hat schon vor Jahren auf Energieeinsparung gesetzt und steht heute ganz anders da. Also von daher ist am besten die klare Ansage; denn fossile Energien werden nicht mehr billig werden. Ich hoffe, das verstehen Sie auch.

Die Frage, die ich an Sie persönlich habe: In Ihrem Wahlkreis in Wülfershausen, Waigolshausen wurden letztes Jahr Fundamente von Windkraftanlagen wieder abgerissen, weil sich die Staatsregierung mit der 10-H-Regelung so stur stellte. Würden Sie jetzt heute rückblickend sagen: Das war ein Fehler, weil wir eben den Strom ganz dringend brauchen? Oder sagen Sie weiterhin: –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig!

Martin Stümpfig (GRÜNE): 10 H ist das Allerwichtigste; –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Windräder reißen wir weiter ab, auch wenn sie schon im Bestand sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Steffen Vogel (CSU): Hoffentlich bringe ich jetzt alle Fragen noch mal zusammen. Erstens. Ich bin ein Befürworter der 10-H-Regel. Für mich ist die 10-H-Regel ein Bürgerbeteiligungsgesetz.

(Beifall bei der CSU und der AfD)

Weil ich es absurd finde: Wenn ich heute eine Photovoltaikanlage baue, brauche ich eine Bauplanung. Für alles brauche ich eine Bauleitplanung. Nur für Windräder brauche ich nach Ihrer Meinung gar nichts, sondern die kann ich hinstellen, wo ich will. Eine Gemeinde muss dann auch mit den Rädern entsprechend leben. Deshalb halte ich es für richtig und wichtig, dass eine Kommune auch ein Beteiligungsrecht hat, wenn es darum geht, dass in ihrer Umgebung Windräder aufgestellt werden. Ich bin ein Freund der 10-H-Regel, weil ich sage, dass das ein Bürger- und kommunales Beteiligungsgesetz ist.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das Zweite war: Sie suggerieren, der Freistaat würde im Bereich Energieeinsparung überhaupt nichts machen. Das ist einfach falsch. Ich könnte Ihnen jetzt – – Die Zeit reicht nicht. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten im Bereich der Energieeinsparung, auch mit Tipps. Auch diese Social-Media-Kampagne läuft doch bereits. Vielleicht haben Sie es noch nicht mitgekriegt?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Steffen Vogel (CSU): Sehen Sie, jetzt ist die Redezeit zu Ende. Also sprich – –

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Mit Atomstrom!)

– Nein! Noch mal: Es sind ganz umfangreiche Maßnahmen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit geht zu Ende.

Steffen Vogel (CSU): – die der Freistaat Bayern und die Staatsregierung auf den Weg gebracht haben. Aber die haben Sie offensichtlich noch nicht zur Kenntnis genommen. Ich komme dann rüber und erkläre es Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/24399 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/24433 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltung! – Die FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.